

Diese Bestimmung darf jedoch während der ersten drei Monate ihrer Anwendung weder eine Verminderung noch eine Erhöhung der Entlohnung um einen Betrag zur Folge haben, der höher ausfällt als der Betrag, der unter Verwendung des monatlichen Index als Referenzbasis erreicht worden wäre. [Der Zeitraum von drei Monaten muss als Ganzes angesehen werden. Vorliegender Absatz wird mit Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses wirksam.]

[Art. 4 Abs. 2 abgeändert durch Art. 44 § 1 des G. vom 22. Januar 1985 (B.S. vom 24. Januar 1985)]

**Art. 5** - Artikel 6 des Königlichen Erlasses Nr. 11 vom 26. Februar 1982 zur Festlegung bestimmter zeitweiliger Änderungen der Regelung, mit der Löhne und Entlohnungen an den Verbraucherpreisindex des Königreichs gebunden werden, wird aufgehoben.

### KAPITEL III - Lohnmäßigung

**Art. 6** - [...]

[Art. 6 aufgehoben durch Art. 36 Nr. 10 des G. vom 22. Juli 1993 (B.S. vom 14. August 1993)]

[Art. 6bis - [...]]

[Art. 6bis eingefügt durch Art. 44 § 2 des G. vom 22. Januar 1985 (B.S. vom 24. Januar 1985) und aufgehoben durch Art. 36 Nr. 10 des G. vom 22. Juli 1993 (B.S. vom 14. August 1993)]

### KAPITEL IV - Arbeitgeberbeiträge zur Zusatzversicherung

**Art. 7** - Die 1983 und 1984 zu zahlenden Arbeitgeberbeiträge zur Alters- und Todesfallzusatzversicherung dürfen nur dann höher als die 1982 gezahlten Beiträge ausfallen, wenn sie für die Gewährung der Vorteile, die in der Vorsorgeregelung am 1. Januar 1983 festgelegt sind, erforderlich sind.

### KAPITEL V - Überwachung und Strafbestimmungen

#### Abschnitt 1 - Überwachung

**Art. 8** - Unbeschadet der Pflichten der Gerichtspolizeioffiziere überwachen die vom König bestimmten Beamten und Bediensteten die Ausführung des vorliegenden Erlasses und seiner Ausführungserlasse.

**Art. 9** - Abgesehen von ihrem Recht, Protokolle zu erstellen, haben die in Artikel 8 erwähnten Beamten und Bediensteten das Recht, Verwarnungen zu erteilen oder dem Zuwiderhandelnden eine Frist zu setzen, um sich den Vorschriften anzupassen.

Eine Abschrift des Protokolls wird dem Zuwiderhandelnden zur Vermeidung der Nichtigkeit binnen vierzehn Tagen nach dem Datum der Feststellung des Verstoßes übermittelt.

#### Abschnitt 2 - Strafbestimmungen

**Art. 10** - Unbeschadet der Bestimmungen der Artikel 269 bis 274 des Strafgesetzbuches werden mit einer Gefängnisstrafe von acht Tagen bis zu einem Monat und mit einer Geldbuße von 26 bis zu 500 [EUR] oder mit nur einer dieser Strafen belegt:

1. der Arbeitgeber, seine Angestellten beziehungsweise Beauftragten, die einen Verstoß gegen die Artikel 3, 4, 6 und 7 oder ihre Ausführungserlasse begehen,
2. wer die aufgrund des vorliegenden Erlasses organisierte Überwachung behindert.

[Art. 10 einziger Absatz einleitende Bestimmung abgeändert durch Art. 2 des G. vom 26. Juni 2000 (B.S. vom 29. Juli 2000)]

**Art. 11** - Was die Verstöße gegen die Artikel 3, 4, 6 und 7 betrifft, wird der Betrag der Geldbuße mit der Anzahl Arbeitnehmer multipliziert, für die gegen diese Bestimmungen verstoßen worden ist, ohne dass der Betrag 50.000 [EUR] überschreiten darf.

[Art. 11 abgeändert durch Art. 2 des G. vom 26. Juni 2000 (B.S. vom 29. Juli 2000)]

**Art. 12** - Arbeitgeber haften zivilrechtlich für die Zahlung der Geldbußen, zu denen ihre Angestellten beziehungsweise Beauftragten verurteilt worden sind.

**Art. 13** - Die Strafverfolgung infolge von Verstößen gegen die Bestimmungen des vorliegenden Erlasses und seiner Ausführungserlasse verjährt in drei Jahren ab der Begebenheit, die die Klage ausgelöst hat.

**Art. 14** - Alle Bestimmungen von Buch I des Strafgesetzbuches einschließlich Kapitel VII und Artikel 85 finden Anwendung auf die im vorliegenden Erlass erwähnten Straftaten.

### KAPITEL VI - Schlussbestimmungen

**Art. 15** - Vorliegender Erlass tritt am 1. Januar 1983 in Kraft.

**Art. 16** - Unsere Minister und Unsere Staatssekretäre sind, jeder für seinen Bereich, mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

#### FEDERALE OVERHEIDSDIENST BINNENLANDSE ZAKEN

N. 2010 — 3848

[C — 2010/00656]

**26 AUGUSTUS 2010.** — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 8 oktober 1981 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen. — Duitse vertaling

De hiernavolgende tekst is de Duitse vertaling van het koninklijk besluit van 26 augustus 2010 tot wijziging van het koninklijk besluit van 8 oktober 1981 betreffende de toegang tot het grondgebied, het verblijf, de vestiging en de verwijdering van vreemdelingen (*Belgisch Staatsblad* van 28 september 2010).

Deze vertaling is opgemaakt door de Centrale Dienst voor Duitse vertaling in Malmedy.

#### SERVICE PUBLIC FEDERAL INTERIEUR

F. 2010 — 3848

[C — 2010/00656]

**26 AOUT 2010.** — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 8 octobre 1981 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers. — Traduction allemande

Le texte qui suit constitue la traduction en langue allemande de l'arrêté royal du 26 août 2010 modifiant l'arrêté royal du 8 octobre 1981 sur l'accès au territoire, le séjour, l'établissement et l'éloignement des étrangers (*Moniteur belge* du 28 septembre 2010).

Cette traduction a été établie par le Service central de traduction allemande à Malmedy.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

D. 2010 — 3848

[C — 2010/00656]

**26. AUGUST 2010 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern — Deutsche Übersetzung**

Der folgende Text ist die deutsche Übersetzung des Königlichen Erlasses vom 26. August 2010 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern.

Diese Übersetzung ist von der Zentralen Dienststelle für Deutsche Übersetzungen in Malmédy erstellt worden.

## FÖDERALER ÖFFENTLICHER DIENST INNERES

**26. AUGUST 2010 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern**

## BERICHT AN DEN KÖNIG

Sire,

## 1. Einleitung

Zweck des vorliegenden Königlichen Erlasses ist es, einen Königlichen Erlass über die Ausländerpolitik abzuändern.

Diese Abänderungen werden erforderlich aufgrund des Entscheids Nr. 201.375 vom 26. Februar 2010, in dem Artikel 9 des Königlichen Erlasses vom 27. April 2007 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern für nichtig erklärt wird.

Aufgrund dieser allgemeinen Nichtigerklärung ist es für das Ausländeramt unmöglich geworden, die gesetzliche Bedingung, über genügende Unterkunftsmöglichkeiten zu verfügen, korrekt und kohärent anzuwenden. Und dies insbesondere, da die Bedingung, über genügende Unterkunftsmöglichkeiten zu verfügen, im Gesetz vom 15. Dezember 1980 nicht für nichtig erklärt worden ist und somit weiterhin gilt. Es kommt also der Regierung, selbst wenn sie nur geschäftsführend ist, zu, diese Kontrolle aufrechtzuerhalten. In diesem Kontext ist der vorliegende Königliche Erlass zu verstehen.

Die Bedingung, über genügende Unterkunftsmöglichkeiten zu verfügen, ist in Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung vorgesehen.

Erfüllt der Ausländer nicht die durch das Gesetz auferlegten Bedingungen, wird der auf der Grundlage der Artikel 10 und 10bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 eingereichte Antrag abgelehnt.

Während des Zeitraums, für den dem Ausländer ein Aufenthalt für begrenzte Dauer gewährt wird, kann das Ausländeramt die Aufenthaltserlaubnis gemäß Artikel 11 des Ausländergesetzes entziehen, wenn der Ausländer die in Artikel 10 des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 vorgesehenen Bedingungen nicht mehr erfüllt oder einen Betrug begangen hat.

Nach Gewährung eines unbegrenzten Aufenthalts im Rahmen der Artikel 10 und 10bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 ist ein Entzug des Aufenthaltsrechts bei Betrug auf der Grundlage von Artikel 13 des Ausländergesetzes weiterhin möglich.

## 2. Kommentar zu den Artikeln

Artikel 1 - Dieser Artikel dient dazu, den Nichtigkeitsentscheid Nr. 201.375 umzusetzen, indem Artikel 26ter des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 11. Dezember 1996, ersetzt und unnummeriert durch Artikel 9 des Königlichen Erlasses vom 27. April 2007 und jetzt für nichtig erklärt durch den Entscheid Nr. 201.375 des Staatsrates, durch einen Artikel 26/3 ersetzt und unnummeriert wird.

Zweck dieses Artikels ist die Festlegung der Fälle, in denen ein Ausländer den Nachweis erbringt, dass er über genügende Unterkunftsmöglichkeiten verfügt, um seine Familie aufzunehmen.

Zur Erinnerung: In Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2003/86/EG des Rates vom 22. September 2003 betreffend das Recht auf Familienzusammenführung ist vorgesehen, dass bei Einreichung eines Antrags auf Familienzusammenführung der Nachweis verlangt werden kann, dass der Ausländer, dem nachgekommen wird, "über einen Wohnraum verfügt, der für eine vergleichbar große Familie in derselben Region als üblich angesehen wird und der die in dem betreffenden Mitgliedstaat geltenden allgemeinen Sicherheits- und Gesundheitsnormen erfüllt".

Vorliegender Artikel dient der Anwendung dieser Möglichkeit, indem festgelegt wird, dass unter genügenden Unterkunftsmöglichkeiten im Sinne der Artikel 10 und 10bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 eine Wohnung zu verstehen ist, die für den Ausländer und für die Mitglieder seiner Familie, die ihm nachkommen möchten, den elementaren Sicherheits-, Gesundheits- und Wohnbarkeitsanforderungen im Sinne von Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Februar 1991 zur Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen des Zivilgesetzbuches in Sachen Mietverträge entspricht.

Um zu belegen, dass seine Unterkunftsmöglichkeiten genügen, braucht der Ausländer nur den Nachweis über einen registrierten Mietvertrag für die Wohnung, die er zu seinem Hauptwohntort bestimmt hat, eventuell zusammen mit einem detaillierten Ortsbefund des gemieteten Gutes, oder den Eigentumsnachweis für die Wohnung, die er bewohnt, zu übermitteln. Die Vorlage dieser Unterlagen stellt die widerlegbare Vermutung auf, dass die Bedingung, über genügende Unterkunftsmöglichkeiten zu verfügen, erfüllt ist.

Der Nachweis über genügende Unterkunftsmöglichkeiten wird allerdings nicht angenommen, wenn die Wohnung von einer zuständigen Behörde für unbewohnbar erklärt worden ist. Es kommt dieser Behörde zu, nachzuweisen, dass die Wohnung für unbewohnbar erklärt worden ist.

Die Registrierung des Mietvertrags ist eine obligatorische und kostenlose Formalität.

Diese Bedingung berücksichtigt Artikel 7 Absatz 1 Buchstabe a der vorerwähnten Richtlinie 2003/86/EG, da gemäß Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Februar 1991 zur Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen des Zivilgesetzbuches in Sachen Mietverträge jeder Eigentümer dafür Sorge tragen muss, dass seine Immobilie zum Zeitpunkt des Abschlusses des Mietvertrags den "elementaren Sicherheits-, Gesundheits- und Wohnbarkeitsanforderungen entspricht". Diese Begriffe werden ausführlicher dargelegt im Königlichen Erlass vom 8. Juli 1997 zur Festlegung der Mindestbedingungen, die erfüllt sein müssen, damit eine als Hauptwohntort vermietete Immobilie den elementaren Sicherheits-, Gesundheits- und Wohnbarkeitsanforderungen entspricht. Insbesondere wird in Artikel 2

des vorerwähnten Königlichen Erlasses bestimmt, dass Fläche und Volumen der Wohnung groß genug sein müssen, damit es möglich ist, dort zu kochen, zu wohnen und zu schlafen. Folgende Räume dürfen keinen Wohnraum bilden: Vor- oder Eingangshallen, Korridore, Toiletten, Badezimmer, Waschräume, Abstellräume, nicht als Wohnung eingerichtete Keller, Speicher und Nebengebäude, Garagen und Räume für berufliche Zwecke.

Diese Bedingung berücksichtigt auch die vom Verfassungsgerichtshof in seinem Entscheid Nr. 95/2008 vom 26. Juni 2008 verdeutlichte Tragweite der Artikel 10 und 10bis des Gesetzes vom 15. Dezember 1980, in dem Sinne, dass der Antragsteller verpflichtet ist, Voraussetzungen zu schaffen, die eine Familienzusammenführung unter Wahrung der Menschenwürde ermöglichen.

Außerdem berücksichtigt diese Bedingung die Begründung des Nichtigkeitsentscheids Nr. 201.375 des Staatsrates, da sich der betreffende Artikel auf die Vermeidung tatsächlich unannehmbarer Situationen beschränkt, wie zum Beispiel einen Ausländer in einer Wohnung unterzubringen, die ganz offensichtlich ungeeignet ist, um darin zu wohnen, oder die für die Bewohner gefährlich ist. Darüber hinaus werden durch diese Verpflichtung Ausländern keine strengeren Bedingungen als Belgien auferlegt.

Wir haben die Ehre,

Sire,

die ehrerbietigen und getreuen Diener

Eurer Majestät zu sein,

Die Vizepremierministerin und Ministerin, beauftragt mit der Migrations- und Asylpolitik

Frau J. MILQUET

Der Staatssekretär für Migrations- und Asylpolitik

M. WATHELET

**26. AUGUST 2010 — Königlicher Erlass zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern**

ALBERT II., König der Belgier,

Allen Gegenwärtigen und Zukünftigen, Unser Gruß!

Aufgrund des Gesetzes vom 15. Dezember 1980 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, insbesondere der Artikel 10 § 2 Absatz 2, 10bis § 1 Absatz 2 und 10bis § 2 Absatz 3;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, abgeändert durch die Königlichen Erlasse vom 2. April 1984, 18. Juli 1984, 16. August 1984, 14. Februar 1986, 9. März 1987, 28. Januar 1988, 13. Juli 1988, 7. November 1988, 7. Februar 1990, 9. Juli 1990, 16. Oktober 1990, 18. April 1991, 25. September 1991, 20. Dezember 1991, 13. Juli 1992, 5. November 1992, 22. Dezember 1992, 19. Mai 1993, 31. Dezember 1993, 3. März 1994, 11. März 1994, 3. Februar 1995, 22. Februar 1995, 12. Oktober 1995, 22. November 1996, 10. Dezember 1996, 11. Dezember 1996, 7. Januar 1998, 2. März 1998, 12. Juni 1998, 26. Juni 2000, 9. Juli 2000, 7. November 2000, 4. Juli 2001, 20. Juni 2002, 11. Juli 2002, 17. Oktober 2002, 11. Juli 2003, 25. April 2004, 9. Dezember 2004, 17. Januar 2005, 3. Februar 2005, 11. April 2005, 11. Mai 2005, 17. September 2005, 24. April 2006, 15. Mai 2006, 20. Dezember 2006, 27. April 2007, 28. November 2007, 7. Mai 2008, 22. Juli 2008, 24. Dezember 2008 und 8. Juni 2009;

Aufgrund des Königlichen Erlasses vom 27. April 2007 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern;

Aufgrund der Stellungnahme des Finanzinspektors vom 31. Mai 2010;

Aufgrund des Einverständnisses Unseres Staatssekretärs für Haushalt vom 2. Juni 2010;

Aufgrund der Dringlichkeit, begründet durch die Tatsache, dass Artikel 9 des Königlichen Erlasses vom 27. April 2007 zur Abänderung des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern durch den Entscheid Nr. 201.375 des Staatsrates für nichtig erklärt worden ist und infolgedessen die Aufenthaltsanträge, für die laut Gesetz der Nachweis über genügende Unterkunftsmöglichkeiten erbracht werden muss, nicht mehr bearbeitet werden können, weil keine Kriterien mehr vorhanden sind, um zu überprüfen, ob diese Unterkunftsmöglichkeiten genügen;

Aufgrund der Gutachten des Staatsrates Nr. 48.395/4 und 48.640/2 vom 14. Juni 2010 beziehungsweise 4. August 2010, abgegeben in Anwendung von Artikel 84 § 1 Absatz 1 Nr. 2 der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

Auf Vorschlag Unserer mit der Migrations- und Asylpolitik beauftragten Ministerin und Unseres Staatssekretärs für Migrations- und Asylpolitik und aufgrund der Stellungnahme Unserer Minister, die im Rat darüber beraten haben,

Haben Wir beschlossen und erlassen Wir:

**Artikel 1** - Artikel 26ter des Königlichen Erlasses vom 8. Oktober 1981 über die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern, eingefügt durch den Königlichen Erlass vom 11. Dezember 1996, ersetzt und unnummeriert durch Artikel 9 des Königlichen Erlasses vom 27. April 2007 und für nichtig erklärt durch den Entscheid Nr. 201.375 des Staatsrates, wird durch einen Artikel 26/3 mit folgendem Wortlaut ersetzt und unnummeriert:

„Art. 26/3 - Eine Wohnung, die für den Ausländer und die Mitglieder seiner Familie, die ihm nachkommen möchten, den elementaren Sicherheits-, Gesundheits- und Bewohnbarkeitsanforderungen im Sinne von Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Februar 1991 zur Abänderung und Ergänzung der Bestimmungen des Zivilgesetzbuches in Sachen Mietverträge entspricht, ist eine genügende Unterkunftsmöglichkeit im Sinne der Artikel 10 und 10bis des Gesetzes.

Ein Ausländer, der den Nachweis über einen registrierten Mietvertrag für eine Wohnung, die er zu seinem Hauptwohntort bestimmt hat, oder einen Eigentumsnachweis für die Wohnung, die er bewohnt, übermittelt, kann belegen, dass er über eine in Absatz 1 erwähnte Wohnung verfügt.

Der Nachweis über genügende Unterkunftsbedingungen wird nicht angenommen, wenn die Wohnung von einer zuständigen Behörde für unbewohnbar erklärt worden ist."

**Art. 2** - Unser für die Einreise ins Staatsgebiet, den Aufenthalt, die Niederlassung und das Entfernen von Ausländern zuständiger Minister ist mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Gegeben zu Brüssel, den 26. August 2010

ALBERT

Von Königs wegen:

Die Vizepremierministerin und Ministerin, beauftragt mit der Migrations- und Asylpolitik

Frau J. MILQUET

Der Staatssekretär für Migrations- und Asylpolitik

M. WATHELET

**FEDERALE OVERHEIDSDIENST MOBILITEIT EN VERVOER**

N. 2010 — 3849

[C — 2010/14233]

**28 SEPTEMBER 2010. — Koninklijk besluit tot wijziging van het koninklijk besluit van 15 maart 1968 houdende algemeen reglement op de technische eisen waaraan de auto's, hun aanhangwagens, hun onderdelen en hun veiligheidstoebehoren moeten voldoen**

**VERSLAG AAN DE KONING**

Sire,

Het ontwerp van koninklijk besluit dat ik de eer heb aan Uwe Majesteit ter ondertekening voor te leggen, heeft tot doel het koninklijk besluit van 15 maart 1968 houdende algemeen reglement op de technische eisen waaraan de auto's, hun aanhangwagens en hun veiligheidstoebehoren moeten voldoen te wijzigen zodoende dat het verplicht wordt personenauto's, auto's voor dubbel gebruik en minibussen die sedert meer dan vijftig jaar en de andere voertuigen die sedert meer dan dertig jaar in gebruik zijn genomen en slechts bij uitzondering op de openbare weg worden gebezigd ofwel ter gelegenheid van behoorlijk toegelaten manifestaties, ofwel voor proefritten met het oog op die manifestaties, uitgevoerd tussen zonsopgang en zonsondergang en binnen een straal van 25 km, ofwel om zich naar die manifestaties te begeven, onder « O »-plaat in te schrijven indien men onder de uitzonderingsbepaling van artikel 2, § 2, 7<sup>o</sup> wil vallen. De huidige in omloop zijnde attesten die momenteel als voorwaarde gelden voor het van toepassing zijn van de uitzonderingsbepaling van artikel 2, § 2, 7<sup>o</sup>, komen eveneens te vervallen op 15 november 2011.

Eveneens voert dit besluit een niet-periodieke keuring in op het ogenblik men een voertuig ingeschreven onder « O »-plaat wil herinschrijven onder gewone kentekenplaat.

Bovendien worden de bepalingen inzake overdracht van een kentekenplaat reeds gewijzigd met het oog op de invoering van de Europese kentekenplaat, waardoor de overdracht van een kentekenplaat van niet-Europees model niet langer mogelijk zal zijn.

Wij hebben de eer te zijn,

Sire,

Van Uwe Majesteit

De zeer eerbiedige en zeer getrouwe dienaars,

De Eerste Minister,

Y. LETERME

De Staatssecretaris voor Mobiliteit,

E. SCHOUPPE

ADVIES 47.931/4 VAN 24 MAART 2010

VAN DE AFDELING WETGEVING VAN DE RAAD VAN STATE

De Raad van State, afdeling Wetgeving, vierde kamer, op 2 maart 2010 door de Staatssecretaris voor Mobiliteit, toegevoegd aan de Eerste Minister verzocht hen, binnen een termijn van derti dagen, van advies te dienen over een ontwerp van koninklijk besluit « tot wijziging van

**SERVICE PUBLIC FEDERAL MOBILITE ET TRANSPORTS**

F. 2010 — 3849

[C — 2010/14233]

**28 SEPTEMBRE 2010. — Arrêté royal modifiant l'arrêté royal du 15 mars 1968 portant règlement général sur les conditions techniques auxquelles doivent répondre les véhicules automobiles et leurs remorques, leurs éléments ainsi que les accessoires de sécurité**

**RAPPORT AU ROI**

Sire,

Le projet d'arrêté royal que j'ai l'honneur de soumettre à la signature de Votre Majesté a pour but de modifier l'arrêté royal du 15 mars 1968 portant règlement général sur les conditions techniques auxquelles doivent répondre les véhicules automobiles et leurs remorques, leurs éléments ainsi que les accessoires de sécurité, de sorte qu'il devient obligatoire d'immatriculer sous une plaque « O », les voitures, voitures mixtes et minibus mis en circulation depuis plus de vingt-cinq ans, et les autres véhicules mis en circulation depuis plus de trente ans, qui ne sont utilisés qu'exceptionnellement sur la voie publique, soit à l'occasion de manifestations dûment autorisées, soit pour des essais en vue de ces manifestations, essais réalisés entre le lever du jour et la tombée de la nuit dans un rayon de 25 km, soit pour se rendre à ces manifestations, afin de pouvoir bénéficier de la disposition d'exception de l'article 2, § 2, 7<sup>o</sup>. Les déclarations actuellement en circulation qui sont la condition pour bénéficier de l'application de la disposition d'exception visée à l'article 2, § 2, 7<sup>o</sup>, ne seront plus valables à partir du 15 novembre 2011.

Le présent arrêté introduit également un contrôle non périodique pour le véhicule immatriculé sous une plaque « O » que l'on veut ré-immatriculer sous une plaque ordinaire.

En outre, les dispositions relatives à un transfert d'une marque d'immatriculation ont été modifiées pour l'introduction de la marque d'immatriculation européenne en ce sens que le transfert d'une marque d'immatriculation de format non-européen n'est plus possible.

Nous avons l'honneur d'être,

Sire,

De votre Majesté

Les très respectueux et fidèles serviteurs,

Le Premier Ministre,

Y. LETERME

Le Secrétaire d'Etat à la Mobilité,

E. SCHOUPPE

AVIS 47.931/4 DU 24 MARS 2010

DE LA SECTION DE LEGISLATION DU CONSEIL D'ETAT

Le Conseil d'Etat, section de législation, quatrième chambre, saisi par le Secrétaire d'Etat à la Mobilité, adjoint au Premier Ministre, le 2 mars 2010, d'une demande d'avis, dans un délai de trente jours, sur un projet d'arrêté royal "modifiant l'arrêté royal du 15 mars 1968